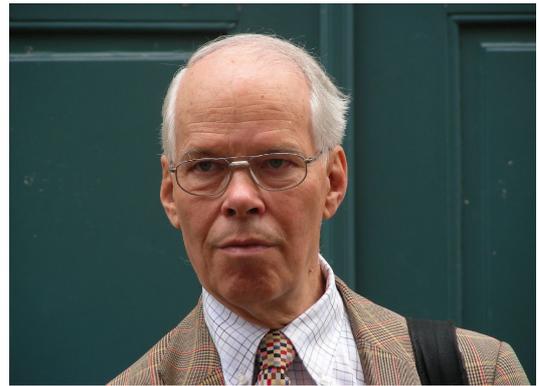


Editorial:**„Kulturgüterschutz 2008“**

Prof. Dr. Kurt Siehr, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht Hamburg, IFKUR Beirat

In diesem Jahr ist für die Bundesrepublik Deutschland das UNESCO Übereinkommen vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung¹ von Kulturgut in Kraft getreten. Dieses Übereinkommen ist durch das Kulturgüterückgabegesetz (KultGüRückG) vom 18.5.2007 in innerstaatliches Recht umgesetzt worden, und das UNESCO Übereinkommen wird in Gestalt des KultGüRückG im Inland unmittelbar anwendbar sein.² Damit findet eine lange Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss. In Zukunft werden gewisse Kulturgüter, die einen Vertragsstaat des UNESCO Übereinkommens unerlaubt verlassen haben, auf Anforderung des Herkunftsstaates zurückgegeben. Würden zum Beispiel heute Benin-Bronzen aus Nigeria nach Deutschland geschmuggelt und gingen sie nicht, wie im Nigeria-Fall³, auf dem Transport nach Hamburg verloren, so könnte sie der Staat Nigeria als Vertragsstaat des UNESCO Übereinkommens vom jetzigen Besitzer herausverlangen. Dadurch wird der Schmuggel von Kunstwerken gewiss nicht verhindert, jedoch geht es um mehr. Die Bundesrepublik will endlich auch ein Zeichen setzen und dazu beitragen, dass jedenfalls in Deutschland „die Anständigkeit im internationalen Verkehr mit Kunstgegenständen“ gewahrt wird.⁴

Vor 10 Jahren fand in Washington die „Conference on Holocaust-Era Assets“ statt und endete am 3.12.1998 mit der Verabschiedung der „Principles with Respect to Nazi-Confiscated Art“.⁵ Diese Grundsätze riefen dazu auf, Provenienzforschung zu betreiben und zu versuchen, das Unrecht der Vergangenheit durch Rückgabe der Kunstwerke wieder gutzumachen. Das wird inzwischen überall in unterschiedlicher Intensität unternommen. Der Europarat hat sich dem Aufruf angeschlossen,⁶ und auch in der Bundesrepublik Deutschland hat man mit der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz, vom Dezember 1999“⁷ und der „Handreichung vom Februar 2001 zur Umsetzung dieser Erklärung“ neue Anstrengungen unternommen, geraubte Kunstwerke aufzuspüren und den Berechtigten zurückzugeben.⁸

1 Vgl. den Text des Übereinkommens in BGBl. 2007 II S. 627.

2 Gesetz zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut und zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern (Kulturgüterückgabegesetz – KultGüRückG) in der Fassung des Gesetzes vom 18.5.2007 zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut, BGBl. I S. 757.

3 BGH 22.6.1972, BGHZ 59, 82.

4 So der BGH, oben vorige Note, 88.

5 Abgedruckt in: International Journal of Cultural Property 8 (1999) 142.

6 Resolution 1205 (1999) 1.

7 Abgedruckt in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hrsg.), Entehrt, Ausgeplündert, Ariansiert, Magdeburg 2005, 361.

8 Zur Rückgabe von Ernst Ludwig Kirchners „Straßenszene in Berlin“ vgl. Matthias Weller, The Return of

Vor 20 Jahren fand der XIII. Internationale Kongress für klassische Archäologie in Berlin statt. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde die Berliner Erklärung von 1988 abgegeben, in der sich die klassischen Archäologen und Museen verpflichten, nur archäologische Objekte mit einwandfreier Provenienz zu erwerben, zu entleihen, auszustellen und wissenschaftlich zu bearbeiten.¹ Die Erklärung ist vor 5 Jahren in Berlin bekräftigt worden,² als bereits klar war, dass der Irak-Krieg, begonnen im März 2003, schwerste Schäden an irakischen Kulturgütern mit sich bringen würde. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union versuchten, einen Handel mit geraubtem irakischem Kulturgut zu unterbinden,³ der Erfolg war jedoch gering. Wie wichtig die Berliner Erklärung von 1988 ist, wurde weltweit klar, als Italien der Kuratorin des Getty Museums für klassische Archäologie, Marion True, den Prozess machte und auch anderen amerikanischen Sammlungen drohte, jede weitere Zusammenarbeit mit italienischen Museen und Institutionen einzustellen, wenn sie nicht ihre Schätze aus italienischen Raubgrabungen herausgäben. In der Zwischenzeit haben sich viele amerikanische Museen besonnen und gewisse Stücke zurückgegeben oder als italienische Leihgabe ausgestellt.⁴ In Zukunft ist also zu hoffen, dass auch in den USA „die Anständigkeit im internationalen Verkehr mit Kunstgegenständen“ Einzug halten wird.⁵

Schließlich gilt es noch eines anderen Datums zu gedenken. Im November 1938, vor 70 Jahren also, gingen deutsche Synagogen in Flammen auf und wurden zerstört. Dieses Pogrom, auch Reichskristallnacht genannt, war der schreckliche Anfang einer Entwicklung, an deren Ende nicht nur Sachen zerstört wurden. Hass und Verachtung gegenüber einer Gruppe von Mitbürgern entlud sich 1938 und versuchte eine ganze Kultur auszurotten. Das ist, Gott sei Dank, nicht gelungen. Nur die „Kultur“ der Nazis blieb auf der Strecke. Was sagt uns heute diese Erinnerung? Wie kann eine Wiederholung verhindert werden? Wie kann den Menschen klar gemacht werden, dass nur derjenige Kultur hat, der tolerant gegenüber anderen ist und gegenüber dem Glauben, der Überzeugung und den Symbolen dieser anderen Mitmenschen? Das ist ein immerwährender Zivilisationsprozess, der stets von neuem beginnen und fortgeführt werden muss. In diesem Sinne hat sich auch die deutsche Bundesregierung entschlossen, das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. 10.2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen⁶, diese „Magna Charta der internationalen Kulturpolitik“ zu ratifizieren.⁷ Auch dies ist ein kleiner Schritt zu mehr Toleranz und Achtung.

Kurt Siehr, Hamburg / Zürich

Ernst Ludwig Kirchner's „Straßenszene“ – A Case Study: *Art Antiquity and Law* 12 (2007) 65-74.

1 ZVGIRWiss 95 (1996) 124-126 (Anhang zum Aufsatz von *Wolf-Dieter Heilmeyer*, dem Promotor dieser Erklärung); ebenfalls bei: *Bettina Thorn*, Internationaler Kulturgüterschutz nach der UNIDROIT-Konvention, Berlin 2005, 407; in englischer Fassung in: *International Journal of Cultural Property* 2 (1993) 157.

2 UNESCO heute online Nr. 7/2003 (Juli 2003)

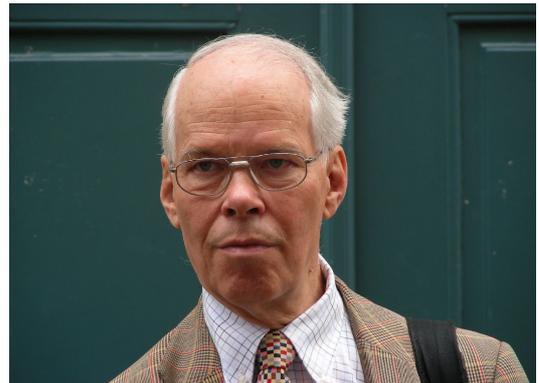
3 Nr. 7 der Resolution 1483 (2003) des Sicherheitsrates vom 22.5.2003, *Clunet* 130 (2003) 675; Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates vom 7.7.2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2465/1996, *ABl. EU* 2003 Nr. L 169/6.

4 Vgl. die Vereinbarung vom 21.2.2006 zwischen Italien und dem Metropolitan Museum of Art: *International Journal of Cultural Property* 13 (2006) 427-437.

5 Vgl. das „Joint Statement of the Principle on the Protection of Archaeological Sites, Monuments and Museums“ vom 5.1.2007, abgegeben vom Deutschen Archäologischen Institut, dem Institut für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften und dem American Institute of Archaeology in San Diego, das mittlerweile auch von Italien und der Türkei gezeichnet worden ist (abrufbar bei: <http://www.dainst.de>), sowie „The J. Paul Getty Museum Policy for Acquisitions of 23 October 2006“: *International Journal of Cultural Property* 13 (2006) 423-425.

6 BGBG. 2007 II S. 234.

7 *Verena Metze-Mangold/Christine M. Merkel*, Magna Charta der internationalen Kulturpolitik: *Media Perspektiven* 2006, 362-373.

Editorial:**„Protection of Cultural Property in 2008“**

Prof. Dr. Kurt Siehr, Max Planck Institute for Foreign and Private International Law Hamburg, Advisory Board Member of the IFKUR

In this year, the UNESCO Convention of 14 November 1970 on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property 1970 entered into force for the Federal Republic of Germany. This Convention has been implemented by the Act on the Return of Cultural Property (*Kulturgüterrückgabegesetz*, KultGüRückG) of 18 May 2007 to the effect that the UNESCO Convention will be directly applicable in Germany.¹ This moment represents a landmark in a long development. In the near future certain pieces of cultural property that were illegally removed from a Member State to the UNESCO Convention will be returned to the state of origin. For example, were bronzes of Benin to be smuggled from Nigeria to Germany and were they not lost on their way to Hamburg, like in the famous Nigeria case decided by the German Federal Court of Justice,² Nigeria, being a Member State to the UNESCO Convention, could now claim their return. To be sure, smuggling of works of art will not be entirely prevented, however there is more about the implementation: The Federal Republic, finally, signals its willingness to contribute to the „morality of the international trade with cultural property“.³

Ten years ago the „Conference on Holocaust-Era Assets“ took place in Washington and resulted, on 3rd December 1998, in the resolution of the „Principles with Respect to Nazi-Confiscated Art“.⁴ These Principles called for provenance research and, based thereupon, to make an attempt for restitution of injustice in the past by the return of works of art. This process is now taking place – with varying degrees of intensity – everywhere. The European Council joined this call,⁵ and also the Federal Republic of Germany has made new efforts to trace looted art and to return them to their rightful owners by the „Statement by the Federal Government, the Laender (federal states) and the national associations of local authorities on the tracing and return of Nazi-confiscated art, especially from Jewish property, of 14 December 1999“⁶ and the Manual of 2001 on the Implementation of this Statement.⁷

1 Gesetz zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut und zur Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern (*Kulturgüterrückgabegesetz* – KultGüRückG) in der Fassung des Gesetzes vom 18.5.2007 zur Ausführung des UNESCO-Übereinkommens vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut, Federal Official Journal (BGBl.) I p. 757.

2 Federal Court of Justice, judgment of 22.6.1972, BGHZ 59, 82.

3 See *supra*, at p. 88.

4 See e.g. International Journal of Cultural Property 8 (1999) 142.

5 Resolution 1205 (1999) 1.

6 Reprinted e.g. in: Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (ed.), Entehrt, Ausgeplündert, Ariansiert, Magdeburg 2005, 361.

7 On the return of Ernst Ludwig Kirchner's „Straßenszene in Berlin“ see e.g. *Matthias Weller*, The Return of Ernst Ludwig Kirchner's „Straßenszene“ – A Case Study: Art Antiquity and Law 12 (2007) 65-74.

Twenty years ago, the XIII. International Congress for Classical Archeology took place in Berlin. On the occasion of this meeting, the Berlin Declaration of 1988 was announced, by which the classical archaeologists and museums assumed the obligation to acquire, borrow, display in exhibitions and use for scientific purposes only archaeological objects of an impeccable provenance.¹ The Declaration has been confirmed five years ago in Berlin² in a moment where it had become already clear that the Iraq war, having started in March 2003, would bring about most serious damages to the Iraqi cultural property. The United Nations and the European Union made the attempt to prevent the trade with Iraqi cultural property,³ the success was limited. The importance of the Berlin Declaration of 1988 became apparent when Italy instituted proceedings against the curator of the Getty Museum for Classical Archeology, Marion True, and also considered the termination of any cooperation of Italian museums and institutions with American collections, if the treasures from illegal excavations in Italy were not be returned. In the meantime many American museums reconsidered their position and started returning certain objects or displaying them as a loan from Italy.⁴ Therefore, there is hope that also in the United States „morality of the international trade with cultural property“ will come about.⁵

And there is another date to commemorate: In November 1938, 70 years ago, German Synagogues burst into flames and were destroyed. This pogrom, the so-called „Reichskristallnacht“, was the terrible beginning of a development that not only resulted in the destruction of property. Hate and contempt against a group of fellow citizens erupted in 1938 and sought to extinguish an entire culture. Thank God, this was not successful. It was rather the „culture“ of the Nazis that came to an end. What do these memories tell us today? How can we exclude any recurrence? How can we explain to people that only those deserve it to claim the word „culture“ for themselves who act in tolerance with others and their faith, their convictions and symbols? The only way is an ever lasting process of civilization that has to be restarted and continued over and over again. One part of this process is the decision of the Federal Republic of Germany to ratify the UN Convention of 20 October 2005 on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expression,⁶ this „Magna Charta of International Cultural Politics“⁷ – another small step towards more tolerance and respect.

Kurt Siehr, Hamburg / Zurich
(Translation: *Matthias Weller*)

1 Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (ZVgIRWiss) 95 (1996) 124-126 (Exhibit to the essay by *Wolf-Dieter Heilmeyer* who promoted this Declaration); see also *Bettina Thorn*, Internationaler Kulturgüterschutz nach der UNIDROIT-Konvention, Berlin 2005, 407; see also International Journal of Cultural Property 2 (1993) 157.

2 UNESCO heute online Nr. 7/2003 (Juli 2003).

3 No. 7 der Resolution 1483 (2003) of the Security Council of 22 May 2003, Clunet 130 (2003) 675; Art 3 of the Council Regulation (EC) No. 1210/2003 of 7 July 2003, Official Journal 2003 No. L 169/6.

4 See the Agreement of 21 February 2006 between Italy and the Metropolitan Museum of Art: International Journal of Cultural Property 13 (2006) 427-437.

5 See the „Joint Statement of the Principle on the Protection of Archaeological Sites, Monuments and Museums“ of 5 January 2007, issued by the German Archaeological Institute, the Institute for Egyptology of the Russian Academy of Sciences and the American Institute of Archaeology in San Diego, that meanwhile has been signed also by Italy and Turkey, <http://www.dainst.de>; see also „The J. Paul Getty Museum Policy for Acquisitions of 23 October 2006“, International Journal of Cultural Property 13 (2006) 423-425.

6 Federal Official Journal (BGBl.) 2007 II p. 234.

7 *Verena Metze-Mangold/Christine M. Merkel*, Magna Charta der internationalen Kulturpolitik: Media Perspektiven 2006, 362-373.